

Eizellen entstehen doch neu

Spezielle Stammzellen bei Frauen entdeckt

Frauen verfügen in ihren Eierstöcken über Stammzellen, aus denen neue Eizellen hervorgehen können. Das haben Forscher um Jonathan Tilly vom Massachusetts General Hospital in Boston entdeckt und stoßen damit ein medizinisches Dogma um. Bisher galt: Frauen kommen mit einer festgelegten Zahl von Eizellen zur Welt. Diese nimmt mit dem Alter ab, die Neubildung von Eizellen ist nicht möglich.

Das US-Team isolierte aus Eierstöcken von Frauen im gebärfähigen Alter Stammzellen, aus denen neue Eizellen hervorgingen. Wie die Forscher im Fachjournal Nature Medicine berichten, hatten sie menschliche Eierstöcke untersucht, die ihnen von der Saitama Medical University in Japan zur Verfügung gestellt worden waren. Die Organe waren gespendet worden von 22- bis 33-jährigen Frauen, die sich einer Geschlechtsumwandlung unterzogen. Aus diesen Eierstöcken isolierten die Forscher mit großem experimentellen Aufwand die Stammzellen.

Ein medizinisches Dogma fällt

„Das ist sensationell“, kommentiert Georg Griesinger von der Uniklinik Schleswig-Holstein in Lübeck. Er ist der Leiter der Sektion für gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin. Nach Ansicht des Mediziners ist es sehr gut vorstellbar, dass sich die aus den Stammzellen hervorgehenden Eizellen zu einem späteren Zeitpunkt auch künstlich befruchten lassen. Dafür müssten aber noch viele Vorarbeiten geleistet werden, um die Sicherheit des Verfahrens zu gewährleisten. (dpa)

Neandertaler starben früh

Drastischer Einschnitt

Die Neandertaler Europas standen schon zehntausend Jahre vor Ankunft des modernen Menschen kurz vor dem Aussterben: Vor rund 50 000 Jahren ging die Zahl der Eiszeitmenschen plötzlich drastisch zurück. Das hat ein internationales Forscherteam festgestellt, als es das Erbgut von 13 Neandertalern analysierte. Von diesem Fast-Aussterben erholten sich die Neandertaler aber offenbar noch einmal: Ihre Zahl stieg in den folgenden 10 000 Jahren wieder langsam an, bis sie dann vom aus Afrika einwandernden Homo sapiens endgültig verdrängt wurden.

Abzulesen sei diese Entwicklung am Genom der Eiszeitmenschen: Die Neandertaler Westeuropas hätten nach dem Einschnitt vor rund 50 000 Jahren eine deutlich geringere genetische Vielfalt besessen als davor, heißt es im Fachmagazin Molecular Biology and Evolution. (dapd)

Verfassungsschutz Mit politischen Bildungsprojekten an deutschen Schulen will die Behörde die Ideen

Andi und Ayshe verteidigen die

In Niedersachsen ist der Verfassungsschutz besonders aktiv. Mit Comics und Planspielen sollen

Von Jeannette Goddar

Am Rande eines Dorfes liegt ein Soldatenfriedhof. Als sich Extremisten zum Aufmarsch ankündigen, rufen Bewohner zur Bürgersitzung auf. Es erscheinen: drei Vertreter demokratischer Parteien, der Partei für Freiheit, der für Gleichheit und der für Brüderlichkeit. Sie alle stehen auf dem Boden des Grundgesetzes. Aber auch Vertreter einer rechts- und links-extremen sowie einer islamistischen Partei folgen der Einladung. Sie alle wollen eine Diktatur errichten: Der Rechtsextreme plant einen Führerstaat, die Linksextreme eine Diktatur des Proletariats und der muslimische Extremist einen Gottesstaat. Wer wird sich am Ende durchsetzen?

Dies ist die Ausgangslage in einem auf fünf Stunden angelegten Planspiel für den Einsatz ab Klasse 10. Der Titel lautet: „Demokratie und Extremismus“, der Verfasser ist der niedersächsische Verfassungsschutz, finanziell unterstützt vom Bundesfamilienministerium. Herausgegeben hat das Spiel die Niedersächsische Extremismus-Informationsstelle (Neis), eine 2009 eingerichtete Anlaufstelle für die Öffentlichkeit im Verfassungsschutz.

Als der Hannoveraner Innenminister Uwe Schünemann (CDU) das neue Büro der Öffentlichkeit vorstellte, präsentierte er eine ganze Reihe von Materialien für Schüler: das bereits erwähnte Planspiel, Comics zu Rechts-, Links- und islamischem Extremismus für Schüler, sowie eine Grundrechtefibel, die zurzeit noch in Arbeit ist. Sie soll schon in der 4. Klasse „einen Beitrag zur Demokratieerziehung“ leisten. Mit „Angeboten für alle Altersgruppen“ wolle man zu einem „offenen Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft beitragen“.

Auch die Linke im Fokus

Zwei Jahre nach der Gründung hat die Neis alle Hände voll zu tun. Die Angebote seien „sehr nachgefragt“, erklärt die Mitarbeiterin Anke Klein. Bereits Monate im Voraus würden Schulen Termine vereinbaren. Unter anderem für eine Wanderausstellung. Diese behandeln den Rechts- aber auch den Linksextremismus – und damit, der Beobachtungspolitik entsprechend, auch die Partei Die Linke. Obwohl diese sich formell zum Grundgesetz bekenne, heißt es, „will sie das politische System der Bundesrepublik überwinden“. Der Fokus der Schulen, das sagt Klein

auch, liege allerdings klar auf dem Rechtsextremismus. Insbesondere „Schulen ohne Rassismus“, die dem deutschlandweiten größten Schulnetzwerk angehören, würden den Verfassungsschutz häufig immer wieder zu ihren Projekttagen einladen. „Das freut uns besonders“, sagt Anke Klein, „und ist dann auch besonders nachhaltig“.

Die Schulen versprechen sich vor allem Nachhilfe über aktuelle Entwicklungen. Wolfgang Meyer, Lehrer für Gesellschaftskunde, war zunächst mit seiner Klasse in der Gedenkstätte Bergen-Belsen, um sich anschließend heutigen Ausprägungen menschenverachtender Denkmuster zu widmen. In der ersten Februarwoche versammelte sich gleich der ganze Jahrgang – mehr als 200 Schüler der zehnten Klassen – in der Aula der niedersächsischen Integrierten Gesamtschule Langenhagen zum Neis-Vortrag. Sie sahen rechtsextreme Kennzeichen und Logos, erkannten Zusammenhänge zwischen Verbänden und Kameradschaften und hörten Musik der Neonazis. Vor allem die von Hass auf alles Andere geprägten Rechtsrock-Beispiele seien für



PROJEKTE IN DEN LÄNDERN

Der Verfassungsschutz ist nicht nur in Niedersachsen an Schulen aktiv. Die drei „Andi“-Hefte in denen sich die Comicfiguren Andi, Ayshe, Murat und Ben mit den Gefahren des Rechts- und Linksextremismus sowie mit Islamisten auseinandersetzen, wurden in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Niedersachsen hat die Comics übernommen. Sie sollen bereits eine Gesamtauflage von mehr als einer Million Exemplaren haben.

Auch an einer Grundrechtefibel wird zurzeit gearbeitet. Wenn sie fertiggestellt ist, soll sie ab der 4. Klasse in der Demokratieerziehung eingesetzt werden.

In Baden-Württemberg entwickelten die Landeszentrale für politische Bildung und das Landesamt für Verfassungsschutz gemeinsam ein Projekt „team meX“.

viele Schüler sehr eindrucksvoll gewesen, resümiert Meyer. Der Lehrer sagt aber auch: Dort wo er in der Darstellung des Verfassungsschutzes Lücken entdeckt habe, hätte er mit den Schülern im Unterricht nachgearbeitet.

In dessen Rahmen sollen freie Mitarbeiter an den Schulen über das Thema Islamismus aufklären.

In Brandenburg haben die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) zusammen mit dem Verfassungsschutz Handreichungen zur schulischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erarbeitet.

In Hessen bietet das Landesamt für Verfassungsschutz Lehrerfortbildungen an. Diese gibt es in nahezu allen Bundesländern.

Informationen über die „Andi“-Comics „für Demokratie und gegen Extremismus“ finden sich im Internet unter: www.andi.nrw.de/Andi-Projekt.htm

Eine der Aufgaben des niedersächsischen Verfassungsschutzes ist laut Gesetz die Aufklärung der Öffentlichkeit über seine Erkenntnisse – „durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen“. Aus diesem Passus leitet die

des Grundgesetzes verbreiten. Kritiker sagen, sie überschreite damit ihre Kompetenzen

Demokratie

Schüler gegen Extremismus fit gemacht werden



Landesregierung auch die Arbeit an Schulen ab. So heißt es in der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Grünen, zur Aufklärung zählten auch „pädagogisch aufbereitete Ansätze wie Planspiele zum Extremismus“.

„Nein!“, kontert der rechtspolitische Sprecher der Grünen im Hannoveraner Landtag, Helge Limburg, „über seine Arbeit zu informieren ist das eine – Bildungsarbeit etwas anderes.“ Es gehöre „schlicht nicht in den Kompetenzbereich des Verfassungsschutzes, unsere Gesellschaft zu bilden, nicht an der Schule und nicht anderswo. Das können andere besser“. Für Eberhard Seidel, Geschäftsführer des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ finden bereits Vorträge in der Aula in einem Grenzbereich statt. „Ist jedem Schüler klar, dass der Verfassungsschutz eine, aber keine allgemeingültige Definition von Extremismus mitbringt?“ Wer sich fundiert mit Rechtsextremismus befassen wolle, komme außerdem kaum umhin, sich „auch mit dem Vorfeld, also mit rassistischen Diskursen in der Mitte der Gesellschaft“ zu be-

Vier Auftritte in Berlin

In Berlin gab der Verfassungsschutz als Antwort auf eine Anfrage des Linke-Abgeordneten Stefan Zillich im vergangenen Sommer ganze vier Auftritte an Schulen binnen eines Jahres zu Protokoll. Zwei davon hatten die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes als einziges Thema. Und eine jüngst geplante Fortbildung für Schulleiter zum Thema Linksextremismus musste schon vorab abgesagt werden: Die Anmeldungen reichten nicht aus.

„Bildung ist nicht Öffentlichkeitsarbeit“

Thomas Krüger tritt für Unabhängigkeit ein

Thomas Krüger ist seit dem Jahr 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Zuvor saß er für die SPD im Deutschen Bundestag, von 1991 bis 1994 war er Jugendsenator in Berlin. Krüger kritisiert das Engagement des Verfassungsschutzes an den Schulen.

Herr Krüger, ganz grundsätzlich gefragt: Gehören Verfassungsschützer an die Schulen?

Grundsätzlich geantwortet: Der Verfassungsschutz macht nichts anderes als andere Behörden und die freie Wirtschaft. Immer mehr fachfremde Anbieter versuchen sich in politischer Bildung. Dass Bildung nachhaltiger wirkt als das Kleben von Plakaten, ist ja auch schlüssig. Mit dem Versuch, sich das zunutze zu machen, ist der Verfassungsschutz nicht der Erste und wird nicht der Letzte sein. Was diese Anbieter eint, ist eines: Sie begreifen politische Bildung als Öffentlichkeitsarbeit. Das ist immer problematisch.

Was genau ist das Problem?

Der grundsätzliche Unterschied in der Herangehensweise. Das A und O politischer Bildung ist: Sie erfordert immer Distanz zum Gegenstand und lässt das Urteil offen. Öffentlichkeitsarbeit ist naturgemäß interessengeleitet.

Kritiker monieren, der Verfassungsschutz hätte für den Einsatz an Schulen keine Rechtsgrundlage. Die Innenminister interpretieren ihn als Teil des Auftrags, die Öffentlichkeit über Erkenntnisse zu informieren.

Das tut er aber auch mit den Verfassungsschutzberichten. Wer die jüngsten Erkenntnisse über extremistische Aktivitäten in seinem Bundesland oder auch in ganz Deutschland kennen will, kann sich dort hervorragend informieren. Deswegen werden die Berichte mancherorts auch von Landeszentralen, aber auch von der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben.

Nun könnte man sagen: Eine Wanderausstellung zu Rechtsextremismus ist ein anschaulich aufbereiteter Verfassungsschutzbericht, ein Vortrag in der Aula ein Referat darüber.

Da wird der Begriff der Information aber sehr weit gefasst. Eine Ausstellung ist eigentlich etwas anderes und hat einen anderen pädagogischen Auftrag. Und was Vorträge in der Schule angeht, gilt: Im selben Maß, wie die Stundenzahl für politische Bildung in den Lehrplänen zurückgeht – und sie geht zurück! – beobachten wir, dass immer mehr

Fachfremde eingeladen werden, über dieses und jenes zu sprechen. Das ist im Prinzip legitim. Die Lehrer sind relativ frei darin, einzuladen, wen sie wollen.

Wo ist die Grenze?

Zentral ist, dass der Verfassungsschutz keine federführende Rolle bekommt oder sogar vom Kultusministerium an die Schulen geladen wird. Wie andere – die Polizei, das Archiv für Jugendkulturen, Zeitzeugen – darf er immer nur eine Quelle sein. Einen guten Politiklehrer zeichnet aus, das Wissen, das diese Quelle mitgebracht hat, zu ergänzen, kontrollieren zu diskutieren und Schüler dabei zu unterstützen, sich ein unabhängiges Urteil zu bilden. Man kann dazu auch andere einladen. Verfassungsschützer sind nicht die einzigen Experten in Sachen Rechtsextremismus.

Die Expertise der Landeszentrale für politische Bildung steht allerdings in Niedersachsen nicht mehr zur Verfügung. Sie wurde 2005 abgeschafft.

Dass ein Bundesland erst seine Landeszentrale für politische Bildung schließt und wenig später ein Büro für politische Bildung in einem Ministerium eröffnet, ist in der Tat ein sehr merkwürdiger Vorgang. Es ist ein Vakuum entstanden, das nun nicht zuletzt von einer Informationsstelle des Verfassungsschutzes gefüllt wird. Was bleibt, ist, dass den neuen im Gegensatz zu den alten Anbietern jede Kernexpertise in politischer Bildung und der Entwicklung pädagogischer Formate fehlt.

In anderen Bundesländern kooperieren der Verfassungsschutz und die Landeszentralen für politische Bildung.

Das mag ja auch punktuell sinnvoll sein – zudem ist es Sache der Länder. Als Bundeszentrale erschöpfen sich unsere Kontakte in Konsultationen und Gesprächen zu bestimmten Themen. Eine Zusammenarbeit halten wir nicht für sinnvoll – auch, weil uns besonders wichtig ist, nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen, dass wir unabhängig und überparteilich arbeiten.

Das Gespräch führte Jeannette Goddar.



Für Thomas Krüger erfordert politische Bildung Distanz. DPA

EINSTEINCHEN

Forscher rekonstruieren Rieseninguin

Wie die lange ausgestorbenen Kairuku-Pinguine einst ausgesehen haben, zeigen Forscher anhand eines Modells, das sie auf der Basis von fossilen Überresten dieser Tierart konstruiert haben. Demnach waren es mit mehr als 1,25 Meter Körperlänge sehr große Tiere. Sie waren elegant, schlank und hatten lange Flossen. Die Kairuku-Pinguine lebten vor etwa 25 Millionen Jahren dort, wo sich heute Neuseeland befindet. Damals war der größte Teil des Landes aber noch von Wasser bedeckt, nur einige Felsspitzen ragten hier und da heraus. „Die Landschaft war ideal für Pinguine. Sie bot ihnen Nahrung und Sicherheit“, berichtet das Team um Dan Ksepka von der North Carolina State University. (abg.)



War gut 1,25 Meter groß: der Kairuku-Pinguin. UNIVERSITY OF OTAGO

NACHRICHTEN

Das Meereis schwindet, die Winter werden kälter

Schuld an den kalten Wintern der vergangenen Jahre ist das schwindende Meereis der Arktis. In Zukunft könnte der Klimawandel deshalb Europa und Nordamerika immer häufiger strenge Winter mit Kälte und Schnee bringen. Das hat ein Forscherteam anhand von Messdaten und Klimasimulationen herausgefunden. Demnach machen die zunehmend freien Wasserflächen im Polargebiet die arktischen Luftmassen wärmer und feuchter und verändern die Atmosphärenströmungen wieder der Nordhalbkugel. Dies wiederum lässt kalte, schneereiche Luft aus dem Norden bis weit nach Europa und Nordamerika hinein vordringen, berichten die Forscher im Magazin PNAS. (dapd)

Fahrer in teuren Autos seltener rücksichtslos

Im Straßenverkehr gelten Fahrer von „dicken Karren“ als rücksichtslos und dreist. Einer aktuellen Studie zufolge entspricht dieses Vorurteil tatsächlich der Realität. Reiche Menschen in teuren Autos verletzen die Verkehrsregeln eher als Fahrer von Mittelklassewagen. Und noch mehr: Angehörige der Oberschicht lügen und mögeln der Untersuchung zufolge auch eher als Mitglieder unterer sozialer Schichten, berichten Wissenschaftler im Fachblatt PNAS. Ihre Begründung: Reiche Leute haben einfach eine positivere Einstellung zur Gier. Sie finden nichts dabei, sich zu nehmen, was sie haben wollen. (dpa)